



## **Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin**

### **LehrerIn werden – aber richtig!**

### **Positionen zur LehrerInnenbildung**

Bestmögliche Bildung und Ausbildung für alle – von der Kita bis zur Berufsbildung, dem Studium und der Weiterbildung. Das ist seit vielen Jahren ein zentrales politisches Ziel der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Schule spielt hierbei für uns eine wichtige Rolle. Schulen müssen organisatorisch in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben wahrzunehmen. Dazu gehört die Frage der Ausstattung, die Einführung der Gemeinschaftsschule und vieles mehr. Ein wesentlicher Schlüssel zum Gelingen ist aber auch die Qualifikation der MitarbeiterInnen in den Schulen. Bis heute handelt es sich dabei fast ausschließlich um LehrerInnen. Sie gestalten den Unterricht und sie begleiten Lernprozesse, sie spielen eine wesentliche Rolle bei der aktiven Gestaltung des Schullebens insgesamt. Künftig werden aber auch andere Fachkräfte verstärkt den Schulalltag mitprägen. ErzieherInnen, KünstlerInnen, HandwerkerInnen – sie alle können einen Beitrag dazu leisten, dass eine bessere Schule für Berlin gelingt.

#### **1. Eine andere Lehrerbildung für eine andere Schule**

Die Schule der Zukunft ist nicht länger nur eine Institution, die mal besser oder schlechter Wissen vermittelt und Schüler/innen nach ihrer vermeintlichen Leistungsstärke vorsortiert. Sie soll Lern- und Lebensort sein. Damit verändert sich auch die Rollen der LehrerInnen weg vom Wissensanbieter hin zum Lernbegleiter. Schulstruktur und Curricula drücken gesellschaftliche Anforderungen an Schule aus. Die Umsetzung dieser Anforderungen hängt aber davon ab, dass sie von engagierten LehrerInnen mit Leben erfüllt werden – von der Gesamtschule bis zur gemeinsamen Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Kindern. Die Lehrerausbildung ist deswegen Kernstück und Grundlage jeder erfolgreichen Schulreform und muss inhaltlich wie institutionell reformiert werden. LehrerInnen sollen ihren Beitrag dazu leisten, dass SchülerInnen optimal gefördert werden, um sich als kritische und mündige BürgerInnen in einer sich schnell verändernden Gesellschaft einzubringen. SchülerInnen sollen dabei in ihrer Unterschiedlichkeit akzeptiert werden. Sie werden nicht gleichgemacht, sondern haben das gleiche Recht auf gleich gute Förderung.

Eine sinnvolle LehrerInnenausbildung muss Elemente aus der Erziehungswissenschaft (insbesondere Lehr- und Lernforschung), Psychologie, Soziologie, Hirnforschung und Einheiten zur Sensibilisierung von Haltungen (Hinschauen, Respekt, Wertschätzen, Gewaltprävention) enthalten. Sie soll auf die Prinzipien der Menschenrechtspädagogik ausgerichtet sein. Die Ausbildung muss fachübergreifend, aber auf das Alter der Schülerinnen und Schüler ausgerichtet sein. Außerdem muss eine wesentliche Zielsetzung der Ausbildung der Umgang mit Heterogenität sein. Die Lehrerbildung für die wir Grüne eintreten soll auch einfache empirische Untersuchungen mit schulischen Problemstellungen beinhalten. Ziel ist der Erwerb von Diagnose-, Beurteilungs- und Beratungskompetenz.

„Lehrer/in ist der wichtigste Beruf“ – diese Schlussfolgerung liegt so nahe wie die Einsicht, dass die Anforderungen an diesen Beruf vom Anleiten, Begleiten, Moderieren bis Vermitteln eigentlich kaum zu bewältigen sind. Gerade weil Bündnis 90/Die Grünen hohe Anforderungen an die LehrerInnen stellen, wollen wir sie gezielt auf ihren Beruf vorbereiten und auch später nicht alleine lassen. Sie sollen befähigt werden, den SchülerInnen das notwendige Fachwissen der Unterrichtsfächer und Lernfelder, interkulturelle Bildung, globales Lernen, Demokratieverständnis, Umweltkenntnisse, Medienkompetenz und Kulturelle Bildung zu vermitteln. Als PädagogInnen müssen sie dazu ausgebildet werden, die Fähigkeiten und Begabungen ihrer SchülerInnen so weit wie möglich zu fördern und sie zu Selbstbestimmung, Verantwortung, Toleranz im interkulturellem Leben, sozialem Handeln und Lernen in der Gemeinschaft zu erziehen. Die LehrerInnen-ausbildung integriert Theorie und Praxis und dient der Vermittlung der Sach- und Sozialkompetenz sowie der didaktischen Professionalität. Dazu gehören Methoden-, Moderations- und Reflexionskompetenz sowie die Fähigkeit zur Teamarbeit und Führungsverantwortung. Zur individuellen Förderung der Lehrenden gerade in heterogenen Gruppen die Fähigkeit zur Schülerbeobachtung und Diagnose des Lernfortschritts sowie die methodische Kompetenz zur inneren Differenzierung.

## **2. Der Schulinspektionsbericht zeigt deutlich: Es gibt viel zu tun!**

Der zweite Schulinspektionsbericht des Senates vom 30. Juli 2008 bestätigt die Grüne Zielsetzung in der Lehrerbildung. Defizite, die auch schon im Schulinspektionsbericht 2005/2006 genannt wurden, wurden erneut deutlich. So zeigen 40 bis 60 Prozent der Schulen Entwicklungsbedarf in den Bereichen schulinternes Curriculum, Unterrichtsgestaltung/Lehrerhandeln im Unterricht, Beteiligung der SchülerInnen und Eltern an der Schulentwicklung sowie Arbeits- und Kommunikationskultur im Kollegium. Noch dramatischer ist, dass mehr als 50 Prozent der Schulen Entwicklungsbedarf in dem Bereich Methodenkompetenz zeigen. Es mangelt also an der konzeptionellen Einbettung von Angeboten zum „Lernen lernen“, von der Medienkompetenz bis zur Moderations- und Präsentationskompetenz sowie deren Umsetzung im Unterricht. Zielgerichtete Personalentwicklung, schulinterne Evaluation und Dokumentation der Umsetzungsplanung gehören ebenfalls in diesen Bereich.

Über alle Schularten hinweg stellte der Frontalunterricht mit 53,6 Prozent die vorherrschende Unterrichtsform dar. So überrascht es nicht, dass gerade bei kommunikativen und kooperativen Unterrichtsformen wie Partner- oder Gruppenarbeiten unter den SchülerInnen der Entwicklungsbedarf besonders hoch ist. Das gilt besonders für bei den Möglichkeiten eigene Lösungen zu entwickeln, darzulegen und zu reflektieren. Das größte Entwicklungsdefizit wird in den Bereichen Innere Differenzierung und Selbständiges Lernen festgestellt. 60 Prozent des inspizierten Unterrichts wiesen hier erhebliche Mängel auf.

In der Zusammenfassung wird festgestellt, dass 80 Prozent der inspizierten Schulen Entwicklungsbedarf bei der Förderung der Methodenkompetenzen von SchülerInnen haben. Mehr als 60 Prozent der Schulen weisen Defizite in der Dokumentation und Umsetzungsplanung auf. Zudem wird deutlich, dass die überwiegende Mehrheit der Schulen das Schulporträt nicht für diese Arbeit nutzt. Der Fortbildungsbedarf des bestehenden Personals ist also beträchtlich.

Überraschend ist dieser Befund für uns jedoch nicht, da genau diese Kenntnisse in der Ausbildung der Lehrkräfte kaum vermittelt werden. Deshalb ist für uns eine Umsteuerung in der Ausbildung dringend geboten, wenn wir eine qualitative Verbesserung des Unterrichts in den Berliner Schulen erreichen wollen.

### **3. Ein bündnisgrünes Lehrerbildungskonzept: So kann Lehrerbildung aussehen**

Das Kernstück hierfür ist ein Lehrerbildungskonzept, das die richtigen inhaltlichen Schwerpunkte und die richtige Balance zwischen Fach- und Berufswissenschaften setzt. Angehende LehrerInnen müssen so früh wie möglich Erfahrungen in der Schulpraxis machen. Zudem sind LehrerInnen künftig nur eine von mehreren Berufsgruppen an Schulen. Sie müssen nicht alle Aufgaben von der Vermittlung von Lesekompetenzen bis zu Verwaltungsaufgaben und pädagogischen Freizeitangeboten selbst erledigen können. Ein Lehrerbildungskonzept muss daher auch berücksichtigen, dass künftige LehrerInnen im Team mit anderen (ebenfalls pädagogischen!) Berufsgruppen arbeiten, um Schule als Ganzes zu gestalten. Die Fachlichkeit muss wechselseitig anerkannt werden. Ein bündnisgrünes Lehrerbildungskonzept muss auch die bekannten Probleme im Studium aufgreifen und lösen. Insbesondere ist hier die Verknüpfung von Studium und Referendariat (also erster und zweiter Phase) bzw. Referendariat und Berufsanfangsphase in den Blick zu nehmen. Zu guter Letzt muss ein solches Lehrerbildungskonzept zukunftsfähig und nachhaltig sein, weswegen Weiterbildung und die Möglichkeit zur Anpassung an neue gesellschaftliche Herausforderungen mitgedacht und von vornherein im Konzept angelegt sind.

#### **a. Studium**

Schon vor der Bologna-Reform galten die Lehramtsstudiengänge in Berlin als größtenteils unstudierbar. Studienzeiten von acht und mehr Jahren bis zum ersten Staatsexamen belegten dies eindrücklich. Vor allem wurde regelmäßig – auch durch Bündnis 90/Die Grünen – die schlechte Organisation in vielen Bereichen kritisiert. Da angehende LehrerInnen im weitesten Sinne zwei Fächer (bzw. ein Fach plus Sonderpädagogik) studierten, kam es zum Beispiel zu permanenten Problemen mit zeitlichen Überschneidungen. Die Lehramtsstudierenden liefen in den meisten Fächern spätestens seit den Kürzungsrunden seit Mitte der Neunzigerjahre vor allem ‚mit‘. Viele Studierende besuchten gleichzeitig zwei Universitäten und hatten dadurch zusätzlichen Koordinationsaufwand. Auch bereitete das Studium nach allgemeiner Einschätzung weder auf das Referendariat noch auf die Berufspraxis ausreichend vor. Während vor zwanzig und mehr Jahren ein Mangel an fachwissenschaftlicher Qualifikation konstatiert wurde und daraufhin diese Anteile gestärkt werden sollten, wird heute vorrangig eine zu geringe berufswissenschaftliche Qualifikation bemängelt.

Die Einführung von Bachelor und Master hat hier vor allem im inhaltlichen Bereich nach aller Beobachtung nicht zu einer Verbesserung geführt – im Gegenteil. Zu den traditionellen Problemen der Lehramtsstudierenden kommen die Probleme der neuen Studienstruktur, inklusive einiger spezieller Hürden, die ausschließlich für Lehramtsstudierende gelten. Während für alle anderen Bachelorstudiengänge gilt, dass allgemeine berufsvorbereitende Studienangebote im Umfang von 30 Leistungspunkten wahrgenommen

werden müssen<sup>1</sup>, liegt für angehende LehrerInnen in diesem Block der gesamte berufswissenschaftliche Studienanteil im Bachelor. Schuld daran ist das Dogma der ‚Polyvalenz‘, also die Selbstverpflichtung der Universitäten, für BachelorabsolventInnen mit dem Ziel Lehramt fachbezogene statt lehramtsbezogene Masterstudiengänge anzubieten. Früher in die Schule kommen die angehenden LehrerInnen heutzutage auch nicht – mit Ausnahme der Studierenden für das Grundschullehramt. Auch eine Stärkung der Anteile, die die pädagogischen, psychologischen, unterrichtswissenschaftlichen oder auch diagnostischen Kompetenzen der angehenden LehrerInnen entwickeln und stärken, hat nicht stattgefunden.

In der Konsequenz muss sich eine inhaltliche und strukturelle Veränderung des Lehramtsstudiums folgenden Notwendigkeiten stellen:

- Eine Abkehr von der Polyvalenz zu Gunsten eines echten Lehramtsstudiums ab dem ersten Semester. Hierzu gehört eine deutliche Stärkung der berufswissenschaftlichen Ausbildung zu Lasten der fachwissenschaftlichen Anteile.
- Eine Schule, die auf individuelle Förderung, heterogene Lerngruppen und Gemeinschaftsschule statt Vielgliedrigkeit setzt. Deswegen müssen die getrennten Studiengänge für LehrerInnen mit einem Fach, zwei Fächern und StudienrätInnen abgelöst werden. An ihre Stelle tritt ein Lehramtsstudium mit je einem oder zwei Fachschwerpunkten und einem oder zwei Schulstufenschwerpunkten (Primarstufe, Sekundarstufe I und II). In dieses Konzept sollen auch der Bereich sonderpädagogischer sowie beruflicher Lehramtsstudiengänge (StudienrätInnen mit einer beruflichen Fachrichtung) einbezogen werden.
- Bisher studieren LehramtsanwärterInnen je nach Studiengang unterschiedlich lang. Um sowohl in der nötigen fachlichen als auch berufswissenschaftlichen Breite und Tiefe studieren zu können und die nötigen Praxisphasen zu integrieren, ist ein Lehramtsstudium grundsätzlich auf acht Semester Bachelor<sup>2</sup> und vier Semester Master anzulegen.
- Schon jetzt ist das erste Staatsexamen eigentlich abgeschafft und wird als Universitätsprüfung abgelegt. Künftig wird das erste Staatsexamen durch den Master ersetzt. Für das zweite Staatsexamen findet lediglich eine formale Anerkennung nach dem Erreichen der entsprechenden Ausbildungszeit statt.
- Die Organisation und inhaltliche Gestaltung der berufswissenschaftlichen Studienanteile wird an jeder Hochschule von einem Zentrum für Lehrerbildung übernommen. Ob die Hochschulen darüber hinaus Kommissionen mit Entscheidungsbefugnis einrichten, bleibt ihnen überlassen.
- Um Studierende mit dem Studien- und Berufsziel LehrerIn früher in die Schule zu bringen, sollen sowohl ein Blockpraktikum als auch ein semesterbegleitendes Praktikum in den ersten drei Semestern stattfinden. Auf diese Weise können die angehenden LehrerInnen ihre Berufswahl kritisch hinterfragen und im Praxiszusammenhang einen Einblick in die Lehrerprofessionalität gewinnen.
- Ziel der berufswissenschaftlichen Studienanteile ist nicht nur der Erwerb einer hohen Kompetenz in der Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten. Ebenso muss

---

<sup>1</sup> Bündnis 90/Die Grünen setzen sich hier für eine Ausweitung der in vielen Fällen stark beschränkten Wahlmöglichkeiten in diesem Block ein. Das Berliner Hochschulgesetz sieht in einer Sollvorschrift eigentlich sogar ein Drittel frei zu wählender Lehrveranstaltungen vor.

<sup>2</sup> Gegenwärtig sieht die gängige Umsetzung der Bologna-Reform entweder sechs Semester Bachelor und vier Semester Master oder acht Semester Bachelor und zwei bis drei Semester Master vor. Allerdings gibt es ernstzunehmende Diskussion bis hinein in Hochschulleitungskreise, auf ein ‚acht plus vier‘-Modell umzusteigen.

die veränderte Rolle von LehrerInnen als LernbegleiterInnen Gegenstand sein. Hierzu gehört der Erwerb von diagnostischen Fähigkeiten und der Kompetenz zur Beratung von Eltern und SchülerInnen. In allen Studiengängen der Lehrerbildung muss der Umgang mit Heterogenität in erzieherischer, didaktischer und unterrichtspraktischer Hinsicht verankert werden. Dazu gehören die Schlüsselqualifikationen der Projekt-, Team- und Gruppenarbeit, die Methoden des selbständigen Lernens und das Wissen über soziale Bedingungen, Geschlechterrollen und den Umgang mit MigrantInnen.

- In den fachwissenschaftlichen Schwerpunkten ist es notwendig, teilweise spezifische Lehrveranstaltungen für Lehramtsstudierende anzubieten. Es ist jeweils zu fragen, welche fachwissenschaftlichen Anteile für LehrerInnen in welcher Schulstufe zwingend nötig, welche wünschenswert, und welche eher (außer bei großem Interesse der Studierenden) zu vernachlässigen sind.
- Mit dem Bachelorabschluss sind Studierende noch nicht als LehrerInnen einsetzbar. Mit ihren Einblicken in das Arbeitsfeld Schule, ihren fachlichen und berufswissenschaftlichen Kenntnissen sind sie aber sowohl unterrichtsunterstützend, im schulorganisatorischen Bereich (zum Beispiel Unterrichtsplanung etc.) als auch in der Elternarbeit und in anderen schulischen Aufgabenfeldern einsetzbar. Hierfür ist im Schulgesetz die erforderliche gesetzliche Grundlage zu schaffen.
- Im konsekutiven Masterstudium, das nicht zwangsläufig umgehend auf den Bachelorabschluss folgen muss (aber kann), werden sowohl fachwissenschaftliche als auch berufswissenschaftliche Inhalte und Kompetenzen vertieft. Ein Schwerpunkt soll auf die Anschlussfähigkeit der Studieninhalte an die Berufseinmündungsphase und spätere Fort- und Weiterbildungselemente gelegt werden. Wer nach dem Bachelor einen anderen Weg einschlagen will, kann dies tun. Sowohl eine andere Schwerpunktsetzung innerhalb der Erziehungs- und Sozialwissenschaften als auch ein ganz anderer, nicht konsekutiver Masterstudiengang sollen im direkten Anschluss und auch später offen stehen.
- Insgesamt müssen genügend Studienplätze eingerichtet werden. Die Finanzierung dafür übernimmt das Land. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass mindestens so viele angehende LehrerInnen studieren, wie Berlin zur Deckung des eigenen Bedarfs braucht. Dabei ist nicht nur die Zahl von StudienanfängerInnen zu betrachten. Die Studierenden haben gegenüber den Hochschulen das Recht auf ein kontinuierlich ablaufendes Studium bis zum Masterabschluss ohne Wartezeiten zwischen den Abschnitten. Dies ist durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherzustellen.

## **b. Referendariat bzw. ‚2. Phase‘ und Berufseinstieg**

Ein Hauptkritikpunkt am Referendariat war bislang, dass es als zweite Phase der Lehramtsausbildung wenig Verbindung zum Studium und seinen Inhalten sowie den vermittelten pädagogisch-didaktischen Grundsätzen hat. Die lange Wartezeit auf einen Referendariatsplatz wegen der viel zu geringen Stellenzahl in Berlin führt bei vielen StudienabsolventInnen bis heute zu großem Frust. Selbst in Mangelfächern und mit Bestnoten ist oft ein Referendariatsplatz kaum schnell zu erhalten.

Mit der Umstellung auf das zweistufige Studiensystem mit Bachelor und Master ist nicht nur in Berlin das Problem entstanden, dass die Studienpläne Teile des Referendariats integrieren müssen, um die in der Kultusministerkonferenz vereinbarte und mit EU-Recht konforme Zahl von Leistungspunkten erreichen zu können. Für Bündnis 90/Die

Grünen ist klar: Wenn das Referendariat Bestandteil des Studienabschnittes Master ist, muss es auch unter der Ägide der Hochschulen stehen. Denn diese verleihen den akademischen Grad und sind damit die Hauptverantwortlichen.

Bündnis 90/Die Grünen schlagen stattdessen einen anderen Weg vor:

- Das klassische Referendariat wird abgeschafft und durch eine starke Praxisorientierung im Masterabschnitt sowie eine begleitete Berufseinstiegsphase ersetzt. Die bisherigen Studien- und Fachseminare werden in die Organisation und Ausgestaltung beider Bereiche einbezogen.
- Die Hochschulen suchen sich spezielle ‚Ausbildungsschulen‘ als Partnerinnen, mit denen sie eine längerfristige Zusammenarbeit eingehen. Ein Austausch zwischen LehrerInnen an den Partnerschulen, die schwerpunktmäßig Bachelor- und vor allem Masterstudierende in der Praxisphase betreuen, und den Lehrenden an den Hochschulen ist hierbei explizit erwünscht. Zudem sollen die PraktikerInnen auch in die Lehre eingebunden werden.

### **c. Fort- und Weiterbildung**

Die Hochschulen und die von der Senatsverwaltung für Bildung anerkannten Institutionen bieten Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte an. Die Lehrkräfte sind verpflichtet, sich fortzubilden und an Fortbildungsveranstaltungen auch innerhalb der unterrichtsfreien Zeit teilzunehmen.

Die Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte umfasst fachwissenschaftliche Vertiefung, fachdidaktische, sozialpädagogische und psychologische Methoden sowie schulorganisatorische und schulpraktische Kenntnisse. Die Fort- und Weiterbildung ermöglicht, sich für weitere Fächer bzw. weitere Lernfelder zu qualifizieren, und berechtigt zur Durchführung einzelner Unterrichtsveranstaltungen in einer anderen Schulstufe. Im Rahmen eines berufsbegleitenden Aufbaustudiums oder eines Vollzeitstudiums ist es möglich, sich für eine weitere Schulstufe zu qualifizieren.

Laut Schulinspektionsbericht 2006/2007 weisen mehr als 60 Prozent der Schulen Entwicklungsbedarf in der zielgerichteten Personalentwicklung auf. Sie haben also Defizite bei Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gesprächen, dem aktiven Einwirken auf die Verbesserung der Unterrichts- und Erziehungsarbeit durch die Schulleitung und beim Erstellen von Fortbildungskonzepten. Deshalb ist es aus unserer Sicht dringend geboten, das Coaching-Angebot, wie es zum Beispiel von „Pro Schul“ angeboten wird, auch für Schulleiter zu öffnen und allen Schulen anzubieten. Die gezielte Fortbildung der Lehrkräfte in den Schulen über die regionale Schulaufsicht muss ausgeweitet werden. Außerdem muss die Beratung neuer SchulleiterInnen durch Senior-SchulleiterInnen im Netzwerk gestützt werden. Dafür wollen wir entsprechende Ressourcen bereitstellen. Die regionale Schulaufsicht muss die Möglichkeit haben, diese Angebote auch Schulen zu machen, die noch nicht von der Schulinspektion besucht wurden. Ziel in der Schulentwicklung ist aus unserer Sicht sein, dass jede Schule einen eigenen Fortbildungsplan und umsetzt. Schulen, die einen Fortbildungsplan erarbeitet haben, müssen dafür ein eigenes Budget zur Umsetzung erhalten.

März 2009

**Anja Schillhaneck**, wissenschaftspolitische Sprecherin und **Eva Plonske**